



**Geschäftsführung  
Ausschuss Soziales und Senioren**

Herr Diener

Telefon: (0221) 221 - 27467

Fax: (0221) 221 - 29047

E-Mail: [sebastian.diener@stadt-koeln.de](mailto:sebastian.diener@stadt-koeln.de)

Datum: 12.03.2018

**Niederschrift**

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 30.01.2018, 15:30 Uhr bis 18:35 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

**Anwesend waren:**

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Michael Paetzold	SPD
Frau Marion Heuser	GRÜNE
Frau Katja Hoyer	FDP
Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Herr Dr. Walter Schulz	SPD
Frau Maria Verena Fontanazza-Russo	CDU
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Christoph Klausning	CDU
Herr Horst Ladenberger	auf Vorschlag der Grünen
Frau Luisa Schwab	Grüne
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE Vertreten durch RM Frau Tokyürek.

**Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Stephan Pohl	CDU	Vertretung von RM Herrn Welter.
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE	Vertretung von RM Herrn Detjen.

**Beratende Mitglieder**

Herr Tobias Scholz	Gute Wählergruppe Köln
Herr Markus Wiener	pro Köln
Herr Helmut Nickenig	auf Vorschlag der AfD-Fraktion
Frau Figen Maleki Balajou	LiL
Herr Franz Xaver Corneth	auf Vorschlag der CDU
Herr Günter Jachtner	auf Vorschlag der CDU
Herr Markus Peters	auf Vorschlag der CDU

Frau Jutta Eggeling	auf Vorschlag der Grünen
Frau Britta Hollmann	auf Vorschlag der Grünen
Herr Michael Scheffer	DIE LINKE.
Frau Elke Lerchner	auf Vorschlag der FDP
Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk Köln und Region
Herr Peter Krücker	Caritasverband
Herr Marc Ruda	DRK Kreisverband Köln
Frau Ulrike Volland-Dörmann	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.

### **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Herr Christof Wild	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.
--------------------	--

### **Beratende Mitglieder**

Herr Dr. Dr. Herbert Mück	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr David Klapheck	Synagogen-Gemeinde Köln

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Thomas Welter	CDU	Vertreten durch RM Herrn Pohl.
--------------------	-----	--------------------------------

### **Beratende Mitglieder**

Herr Marcel Hagedorn	SPD
Frau Carolina Brauckmann	Rubicon e.V.

### **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Frau Antonella Giurano	Italiani per Colonia
Herr Michael Müller	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

### **Beratende Mitglieder**

Frau Vicky Püllen	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der SPD
Frau Monika Reisinger	auf Vorschlag der Grünen

### **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Frau Marita Bosbach	Deutsches Rotes Kreuz
---------------------	-----------------------

## **Beratende Mitglieder**

Frau Monika Dierksmeier	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Herr Carsten Effert	Arbeiterwohlfahrt
Frau Cornelia Harrer	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Frau Monika Kuntze	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Frau Martina Schönhals	Diakonisches Werk Köln und Region
Frau Stella Shcherbatova	Synagogen-Gemeinde Köln

## **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Herr Thilo Fußén	Aidshilfe Köln e.V.
Frau Felicitas Vorpahl-Allweins	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold begrüßt die Anwesenden.

Zu Beginn der Sitzung bittet er die Verwaltung erneut, für die schlechte Akustik der Mikrofonanlage eine Lösung zu finden.

Zur Tagesordnungsdebatte teilt er mit, dass seitens der Verwaltung TOP 3.1 und TOP 4.1 zurückgezogen worden sei. Da TOP 4.1 auch schon bei der letzten Sitzung zurückgezogen wurde, fragt er nach dem Grund.

Herr Ludwig, Leiter des Amtes für Wohnungswesen antwortet, dass es viele Fragen aus den Fraktionen zu dieser Vorlage gegeben habe.

Seit Monaten gebe es rückläufige Fallzahlen bei den Flüchtlingen. Nun erstmals sei die Zahl unter 10.000. Die Zuweisungsquote sei außerdem übererfüllt. Durch den Fallzahlenrückgang habe die Verwaltung bereits Reserven geschaffen. Zurzeit gebe es mehr als 1.000 freie Plätze und es seien weitere 3.100 Plätze in Planung.

Nun sei fraglich, ob es Sinn mache, den Baumarkt noch umzubauen. Daher wolle man sich verwaltungsintern diesbezüglich beraten und er erbitte hierfür etwas Zeit.

RM Frau Hoyer fragt, wieso TOP 3.1 zurückgezogen werde, die Vorlage sei bereits im Integrationsrat beschlossen worden.

Frau Rehberg, Leiterin Dienststelle Diversity, erklärt, dass durch einen Fehler die Aktualität der Vorlage nicht mehr gewährleistet sei und die Vorlage bereits im Integrationsrat zurückgezogen wurde.

RM Frau Heuser bittet darum, TOP 4.2 wegen Beratungsbedarf ihrer Fraktion ohne Votum in die Beratungsfolge zu schieben. Für TOP 12.2 meldet ihre Fraktion Beratungsbedarf an und bittet darum, die Vorlage in die nächste Ausschusssitzung zu schieben.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold sagt, dass die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion die Vorlage zu TOP 12.2 aber aufrufen wollen und vorab diskutieren lassen wollen.

RM Frau Hoyer meldet für TOP 18.1 Beratungsbedarf an und bittet daher, die Vorlage ohne Votum in die Beratungsfolge zu schieben.

Die Tagesordnung wird **einstimmig** wie folgt festgelegt:

## Tagesordnung

### I. Öffentlicher Teil

Verpflichtung Sachkundiger Einwohner

#### **1 Gleichstellungsrelevante Themen**

#### **2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

#### **3 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

3.1 Antrag auf Anerkennung als Interkulturelles Zentrum, hier: Soziales und Kulturelles Zentrum Rhein-Peri-Kreis e.V., Modemann Str. 3, 51065 Köln  
3106/2017

3.2 Verteilung der Globalmittel 2018 an die Wohlfahrtsverbände  
3957/2017

#### **4 Ausschussempfehlungen an den Rat**

4.1 Umbau des Verwaltungsgebäudes an der Friedrich-Naumann-Straße 2, 51149 Köln zu einer Unterkunft für Geflüchtete  
2465/2016/1

4.2 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Brohler Str. o.Nr., 50968 Köln-Marienburg  
Planungsbeschluss  
2848/2017

4.3 Zentrale Wahrnehmung der Aufgabe "Verpflichtung zu Integrationskursen"  
3262/2017

4.4 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2018  
0081/2018

#### **5 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**

5.1 Zuschuss an Rubicon e.V. zur Förderung einer Fach- und Beratungsstelle für geschlechtliche Selbstbestimmung "Trans\*Queer\* Cologne"  
0090/2018

5.2 Zuschuss an Rubicon e.V. zur Förderung der Integration von Flüchtlingen und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und LSBTI-Hintergrund in Köln; hier: Endgültige Mittelfreigabe  
0221/2018

## **6 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften**

### **7 Wohnen**

7.1 Anfragen und Beantwortungen

### **8 JobCenter Köln**

8.1 Anfragen und Beantwortungen

8.1.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage zu TOP 8.2 aus der Sitzung vom 30.01.2018 zum Thema Darstellung der Drittmittelakquise im Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm  
0139/2018

8.2 Bericht des Jobcenter Köln  
0098/2018

### **9 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln**

9.1 Anfragen und Beantwortungen

9.1.1 Nachfrage 18. Bericht zur Flüchtlingssituation  
0295/2018

9.2 Soziale Beratung von Flüchtlingen in Nordrhein-Westfalen  
0083/2018

9.3 Sachstandsbericht zum Projekt "Einwanderung gestalten NRW"  
3923/2017

9.4 Jahreszahlen zur Versorgung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern ( UMA ) in 2017 in der Stadt Köln  
0074/2018

9.5 Umsetzung der Mindeststandards zu „Standortübergreifende Unterstützung der Ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit“  
0179/2018

9.6 19. Bericht zur Flüchtlingssituation  
0313/2018

## **10 Bericht aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten**

- 10.1 Bericht des Behindertenbeauftragten 01/2018  
Bilanz der Fachstelle Behindertenpolitik für das Jahr 2017 und Ausblick auf das Jahr 2018  
0084/2018
- 10.2 Bericht des Behindertenbeauftragten 02/2018  
Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik vergeben  
0082/2018
- 10.3 Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2016  
3902/2017
- 10.4 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht  
Controlling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen  
0224/2018

## **11 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

- 11.1 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen
  - 11.1.1 Beantwortung einer Anfrage betreffend "Sachstandsbericht des Programms "Win-Win für Köln" 3422/2017"  
0245/2018
  - 11.1.2 Beantwortung einer Anfrage betreffend "Vorlage 2488/2017 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für den Sozialraum Humboldt/Gremberg und Kalk"  
0108/2018
  - 11.1.3 Beantwortung des Antrags der Fraktion CDU aus der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 14.12.2017 – Bereitstellung von Schließfächern in Notschlafstellen dringend notwendig AN/1840/2017  
0220/2018

11.2 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen

11.3 Mündliche Anfragen

## **12 Mitteilungen**

- 12.1 4. Aktionstage „gesund & mobil im Alter“ in Kooperation mit dem 11. Kölner Vorsorge-Tag am 06. und 07.03.2018 in der Zeit von 09:30 – 17 Uhr im Gürzenich der Stadt Köln  
0028/2018

- 12.2 Leitprojekte zum Haushalt 2018 des Dezernats Soziales, Integration und Umwelt  
3568/2017
- 12.3 Erfahrungsbericht zum Projekt „Pädagogische Begleitung und Integrationshilfen für Roma-Familien“ (2010-2016)  
0045/2018
- 12.4 Prüfung der Abrechnungsverfahren für Leistungen freier Träger in Wohnobjekten sowie Bewachungsleistungen bei 56 - Amt für Wohnungswesen bei 56 - Amt für Wohnungswesen
- 12.5 Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes Köln-Lindweiler  
Hier: Aktueller Sachstand zur Projektumsetzung  
0076/2018

## I. Öffentlicher Teil

### Verpflichtung Sachkundiger Einwohner

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold verpflichtet Herrn Klapheck und Herrn Nickenig gemäß § 5 der Hauptsatzung als sachkundigen Einwohner.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold verpflichtet Herrn Klapheck und Herrn Nickenig gemäß § 5 der Hauptsatzung zu sachkundigen Einwohnern.

- 1 Gleichstellungsrelevante Themen
- 2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates
- 3 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
  - 3.1 Antrag auf Anerkennung als Interkulturelles Zentrum, hier: Soziales und Kulturelles Zentrum Rhein-Peri-Kreis e.V., Modemann Str. 3, 51065 Köln 3106/2017

Die Verwaltung zieht vor Sitzungsbeginn die Vorlage zurück.

- 3.2 Verteilung der Globalmittel 2018 an die Wohlfahrtsverbände 3957/2017

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt:

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, im Haushaltsjahr 2018 die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in Köln gemäß der beigefügten Anlage 1 zu fördern (Globalmittel einschließlich Zweckzuschüsse für besondere Aufgaben).

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

- 4 Ausschussempfehlungen an den Rat
  - 4.1 Umbau des Verwaltungsgebäudes an der Friedrich-Naumann-Straße 2, 51149 Köln zu einer Unterkunft für Geflüchtete 2465/2016/1

Die Verwaltung zieht vor Sitzungsbeginn die Vorlage zurück.



**4.2 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Brohler Str. o.Nr., 50968 Köln-Marienburg Planungsbeschluss 2848/2017**

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt vor Eintritt in die Tagesordnung, die Beschlussvorlage ohne Votum in die Beratungsfolge zu schieben.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**4.3 Zentrale Wahrnehmung der Aufgabe "Verpflichtung zu Integrationskursen" 3262/2017**

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold führt aus, dass die Verwaltung gemäß der Vorlage prüfen wolle, ob die Aufgabe des Jobcenters in diesem Bereich auch vom Ordnungsamt übernommen werden könne und fragt hierzu nach der Meinung des Jobcenters.

Herr Wagner, Geschäftsführer Jobcenter Köln antwortet, dass dies seitens des Jobcenters nicht gewollt sei. Das Jobcenter ist originärer Ansprechpartner für Fragen des Berufs- und Arbeitsmarktes und der hierfür notwendigen Kompetenzen und Qualifikationen. Es mache seiner Meinung nach mehr Sinn, wenn Geflüchtete im Zuge der Beratung des Integration-Points in Sprachkurse vermittelt würden.

Das Jobcenter habe allerdings höchstes Interesse daran, dass Menschen, welche noch nicht im SGB II Bezug seien, bereits in Sprachkurse vermittelt würden. Das sei ein riesiger Vorteil, weil die Menschen nicht erst Monate warten müssen.

RM Frau Tokyürek ist irritiert von der Antwort. Diese Frage habe sie im Integrationsrat ebenfalls gestellt. Hier habe man ihr geantwortet, dass das beim Amt für öffentliche Ordnung besser angesiedelt sei, da die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort besonders qualifiziert seien.

Sie möchte darauf aufmerksam machen, bei der Umsetzung Doppelstrukturen zu vermeiden.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat:

Der Rat möge beschließen.

**Beschluss:**

1. Der Rat beschließt die Wahrnehmung der neuen Aufgabe „Verpflichtung zur Teilnahme an Integrationskursen“ für den Personenkreis der Bezieher/innen von AsylbL mit positiver Bleibeperspektive durch das Amt für öffentliche Ordnung, Abteilung Ausländerangelegenheiten, Fachbereich Integration.

2. Zur Aufgabenwahrnehmung werden im Amt für öffentliche Ordnung, Abteilung Ausländerangelegenheiten, Fachbereich Integration 4,0 Stellen der Wertigkeit BGr. A 8 Laufbahngruppe 1 LBesG NRW bzw. EGr. E 8 TVöD sowie 1,0 Stelle EG 9b TVöD eingerichtet. Da die Stellenbesetzung vor Inkrafttreten des Stellenplans 2019 notwendig ist, werden verwaltungsinterne Stellenverrechnungen zur Verfügung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

#### **4.4 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2018 0081/2018**

SE Frau Hollmann bittet darum, eine Auflistung von den Zentren zu bekommen, pro Stadtbezirk, die mittlerweile anerkannt seien, aber nicht in der Förderung sind.

Ihr Eindruck sei es, dass sich immer mehr Zentren gründen und anerkannt werden. Das Problem werde aber irgendwann sein, dass der Etat begrenzt sei.

Frau Rehberg antwortet, dass die Auflistung zu einer der nächsten Sitzungen zur Verfügung gestellt werde.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung:  
Der Rat möge beschließen.

##### **Beschluss:**

Der Rat beschließt auf der Grundlage der Haushaltssatzung für das Jahr 2018 über die Verwendung der Haushaltsmittel 2018 in Höhe von 420.000 € gemäß Anlage 2.

Der im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen, in Zeile 15, Transferleistungen veranschlagte Aufwandsbetrag in Höhe von insgesamt 446.000 € setzt sich zusammen aus

- 396.000 € laufende Mittel aus der laufenden Förderung der Interkulturellen Zentren
- zuzüglich 50.000 € aus dem in 2015 eingerichteten „Integrationsbudget“ (Vorlage Nr. 2288/2015)

und ist in voller Höhe für die Förderung der Interkulturellen Zentren vorgesehen.

Die Verwaltung wird beauftragt, bezüglich der derzeit nicht zur Förderung vorgesehenen Mittel in Höhe von 26.000 € eine Beschlussvorlage zur Verwendung dieser Mittel vorzulegen.

Hierbei sollen neben neu anerkannte Zentren, die den Kriterien der Förderrichtlinie in besonderem Maß entsprechen, auch noch nicht abschließend bearbeitete Anträge auf Höherstufung von bisher bereits geförderten Zentren berücksichtigt werden.

##### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

#### **5 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**

##### **5.1 Zuschuss an Rubicon e.V. zur Förderung einer Fach- und Beratungsstelle für geschlechtliche Selbstbestimmung "Trans\*Queer\* Cologne" 0090/2018**

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Finanzausschuss:

Der Finanzausschuss möge beschließen.

##### **Beschluss:**

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der im Haushaltsplan 2018 ff. zur Förderung einer Fach- und Beratungsstelle für geschlechtliche Selbstbestimmung

„Trans\*Queer\*Cologne“ im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, vorgesehenen Mittel in Höhe von 60.000 € im Haushaltsjahr 2018 ff.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**.

**5.2 Zuschuss an Rubicon e.V. zur Förderung der Integration von Flüchtlingen und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und LSBTI-Hintergrund in Köln; hier: Endgültige Mittelfreigabe 0221/2018**

SE Frau Maleki Balajou findet es sehr positiv, dass Rubicon e.V. solch eine Beratungsstelle einrichten wolle.

Sie fragt jedoch, warum diese Vorlage nicht dem Integrationsrat vorgelegt wurde, die Thematik sei auch in seinem Zuständigkeitsbereich.

Frau Rehberg antwortet, dass es diese Beratungsstelle seit mittlerweile einem Jahr gebe. Es handle sich hier lediglich um einen Antrag auf mittelfristige Freigabe der Mittel. Damit das zeitlich nicht zu sehr in Verzug gerate, habe man sowohl den Integrationsrat, als auch die Stadtarbeitsgemeinschaft nicht mit einbezogen.

Sie sagt zu, das in Form einer Mitteilung nachzuholen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Finanzausschuss:

Der Finanzausschuss möge beschließen:

**Beschluss:**

Der Ausschuss Soziales und Senioren begrüßt den Antrag des Rubicon e.V. zur Integration von Flüchtlingen und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und LSBTI-Hintergrund in Köln und bittet den Finanzausschuss die Freigabe der Mittel in Höhe von 86.455,00 € zu beschließen.

Die Mittel stehen im Haushaltsplan 2018 einschl. der mittelfristigen Finanzplanung 2021 Förderung der Integration von Flüchtlingen mit LSBTI-Hintergrund im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity zur Verfügung.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**.

## **6 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften**

### **7 Wohnen**

#### **7.1 Anfragen und Beantwortungen**

### **8 JobCenter Köln**

#### **8.1 Anfragen und Beantwortungen**

##### **8.1.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage zu TOP 8.2 aus der Sitzung vom 30.01.2018 zum Thema Darstellung der Drittmittelakquise im Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 0139/2018**

SE Frau Hollmann teilt mit, dass die Antwort zu den Planzahlen im Eingliederungstitel (EGT), diese nicht darstellen zu können, nicht zufriedenstellend sei. Es gebe hier keine wirkliche Transparenz. Nur wenn die Planzahlen bekannt seien, könne man hinterher auch die Auslastung überprüfen.

Es wirke nicht transparent und vertrauenswürdig, dass diese Zahlen nicht dargestellt werden können. Das müsse im Beirat behandelt werden, es werde ja eine Prüfung geben, wie das Geld verwendet werde und wie die Maßnahmen ausgelastet seien.

Herr Wagner weist entschieden zurück, nicht transparent und damit nicht vertrauenswürdig zu sein. Eine Prüfung der Mittelverwendung finde durch die Trägerversammlung des Jobcenters statt und jährlich auch durch die Innenrevision der Bundesagentur.

Die Frage, die mit dieser Vorlage beantwortet wurde, war, ob die Drittmittel entsprechend der jährlichen Logik des EGT dargestellt werden können. Dies sei nicht möglich, weil es sich um eine mehrjährige Planung handele. Machbar sei es, eine dezidierte Darstellung der Finanzen dem Protokoll anzuhängen.

SE Frau Hollmann antwortet, dass hier ein Missverständnis vorliege. Sie könne die Beantwortung bezüglich der Drittmittel nachvollziehen. Sie sei gedanklich schon einen Tagesordnungspunkt weiter gewesen. Ihre Rückfragen beziehen sich auf den nachfolgenden Tagesordnungspunkt. Mit der Beantwortung auf ihre Nachfrage sei sie einverstanden.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

##### **8.2 Bericht des Jobcenter Köln 0098/2018**

SB Herr Dr. Schulz bedankt sich für die Beantwortung seiner Nachfrage. Zu Punkt 2. des Berichts merkt er an, dass nur Beratungsangebote bezüglich der Arbeitsunterstützung von Menschen mit Schwerbehinderung bestehen.

Im Abschnitt „Berufliche Kompetenzen und Orientierung“ stehe, dass frühere beruflich erworbene Kompetenzen aufgrund der Schwerbehinderung nicht mehr genutzt werden können. Er sei der Meinung, dass für viele junge Schwerbehinderte es so sei, dass sie im Berufsleben keine Kompetenzen erwerben können, weil sie bei Bewerbungen immer wieder durch die bereits vorhandene berufliche Erfahrung anderer nicht

zum Zuge kommen. Somit haben sie keine Möglichkeit überhaupt beruflich Erfahrungen zu sammeln.

Es sei aber absolut notwendig, dass diese Kompetenzen erworben werden können.

Um die Pünktlichkeit zu fördern, biete das Jobcenter das Angebot der KVB „Touren ohne Treppen“ an. Dieses sei allerdings nicht dafür geeignet, die Pünktlichkeit zu fördern. Die Leute lernen hierdurch lediglich, dass sie mit der KVB nicht ordentlich zur Arbeit kommen können, da ein Großteil der Haltestellen nicht behindertengerecht sei.

Bezüglich der Wohnsituation mache man die Erfahrung, dass Menschen bis zum Alter von 50 Jahren bei den Eltern leben müssen, weil sie sonst nirgends passenden Wohnraum finden.

Es sei ganz wichtig, dass nicht mehr nur beraten, sondern auch etwas getan werde.

SB Frau Schmerbach ergänzt hierzu, dass eine Vielzahl an Maßnahmen zur Orientierung und Beratung angeboten werden. Sie fragt nach deren Nachhaltigkeit und bittet, das dezidiert dargestellt zu bekommen.

SE Frau Lerchner sagt, dass es sich bei „Arbeit sichtbar machen“ künftig um eine zu bezahlende Beratungsleistung handle und hier keine weitere Unterstützung vorgesehen sei.

Sie fragt, ob das akquirierte Geld bereits aufgebraucht sei und wie es mit dem Programm weitergehe, ob es ausgebaut werde und mit welchen Kosten zu rechnen sei.

SB Herr Ladenberger kommentiert, dass die Schwierigkeit der Vermittlung auch mit der Wohnsituation und der Mobilität zusammenhängt.

Er fragt nach dem aktuellen Sachstand zur Zukunft von „Mit!Arbeit in Köln“.

Wie gehe man damit um, wenn die Mobilität tatsächlich eingeschränkt sei. Man müsse zu Informationsveranstaltungen oder auch zum Jobcenter hinkommen, es herrschen Komm-Strukturen. Wenn jemand sehr viel Kraft in die Bewältigung des Alltags stecke, bleibe ihm wenig Zeit für Arbeit übrig.

Es habe ca. 360 Vermittlungen gegeben. Er fragt, ob die Vermittlungen in die Werkstätten mit inbegriffen seien und wenn ja, wie hoch die Anzahl sei.

Außerdem fragt er, wie sich das Budget für den Bereich der Vermittlungsstelle, welches 4,1 Millionen Euro betrage, aufteile.

Herr Wagner teilt mit, dass im Bericht des Jobcenters eine Situation beschrieben werde, die arbeitsmarktlich extrem schwierig sei. Die Integrationskräfte im Jobcenter stellen fest, dass die Integration von Menschen mit Behinderung auch mit Lohnkostenzuschüssen deutlich schwieriger geworden sei.

Das Jobcenter wolle hier fokussiert beschreiben, was an Beratungsdienstleistungen existiere. Das Disability Management (DiMa) beschäftige sich mit Menschen, die gesundheitliche Einschränkungen haben. Hier sei die Beratung des Jobcenters gut aufgestellt. Fakt ist jedoch, dass gesundheitliche Einschränkungen das größte Handicap bei der Integration in Arbeit seien.

Bei den beruflichen Bildungsmaßnahmen, die einen Abschluss anbieten, gebe es aktuell eine Integrationsquote innerhalb von sechs Monaten nach Ende der Maßnahme von 43%. Das sei ein sehr guter Wert.

Dennoch ist es oft problematisch, die Wirkung einer Maßnahme konkret zu messen. Wirkung heißt nicht nur unmittelbare berufliche Integration, sondern beispielsweise auch soziale Teilhabe.

Er schlägt vor, das DiMa inklusive der angebotenen Maßnahmen und Ergebnisse genauer zu erläutern. Hiermit seien auch die Themen Werkstätten und Integration inkludiert.

Bezüglich „Arbeit sichtbar machen“ seien die 45.000 Euro komplett aufgebraucht, jedoch nicht nur mit den in der Vorlage dargestellten Projekten. Es gebe noch Renovierungsarbeiten, die aus dem Verwaltungsbudget bezahlt werden müssen.

„MitArbeit! in Köln“ endet und momentan gebe es weder ein Nachfolgeprogramm in Aussicht, noch die Möglichkeit die Maßnahme über den eigenen Haushalt fortzuführen. Das Jobcenter werde versuchen, einige Bereiche daraus in die alltägliche Arbeit einfließen zu lassen, aber in vollem Umfang sei die Übernahme nicht möglich.

Durch die Verteilung des Jobcenters auf sieben Dienststellen sei dieses geografisch gut erreichbar. In den Gebäuden versuche man Barrierefreiheit herzustellen, aber dies sei verbesserungswürdig. DiMa sucht für eine Beratung die Menschen zum Teil in ihren Wohnungen auf.

Die Budgetaufteilung reiche er rückwirkend für 2017 in den nächsten Ausschuss ein. Für 2018 gebe es noch keine.

SB Herr Ladenberger fügt zum Thema „MitArbeit in Köln“ noch hinzu, dass es eben zunehmend schwieriger werde, Menschen mit Behinderung zu vermitteln. Nun falle noch ein zusätzliches Instrument weg. Er fragt, wie man nun versuche, das auszugleichen.

SE Herr Dr. Dr. Mück teilt mit, dass es ein großes Problem sei, Wohnungen an Jobcenter-Kunden zu vermitteln. Die Mieter bekommen die Miete auf ihr Konto zur Weiterleitung an den Vermieter überwiesen, dieses Geld werde jedoch nicht für die Miete genutzt, sondern für Einkäufe etc. Der Vermieter sehe von dem Geld somit nichts mehr.

Daher fragt er, welche Möglichkeit das Jobcenter sehe, dem Wohnraummangel im Hinblick auf Kunden dahingehend zu verbessern, dass sie sich serviceorientiert nicht nur gegenüber dem Kunden, sondern auch gegenüber den Vermietern verhalten.

Herr Wagner antwortet, es sei tatsächlich so, dass das SGB II es nur in Ausnahmefällen vorsehe, dass das Jobcenter die Miete an den Vermieter direkt bezahle. Hintergrund sei, dass man keine Entmündigung der Menschen wolle, die SGB II beziehen, sondern deren Eigenverantwortung stärken wolle. So ist auch der gesetzliche Tenor. Aber es gebe auch eine nicht geringe Zahl von Menschen, die Schwierigkeiten haben, genau das zu organisieren. Dadurch entstehe die Situation, dass das Jobcenter einmal gezahlt habe und dadurch nur noch darlehensweise Geld erneut überwiesen werden könne. Das Jobcenter könne keine Mehrfachzahlungen vornehmen. Eine Darlehenszahlung führe natürlich zu einer Verschuldung gegenüber dem Jobcenter. Es gebe keine Rechtsbeziehung zwischen Vermieter und dem Jobcenter, daher könne es hier auch keine Serviceorientierung geben.

SB Herr Dr. Schulz bedankt sich abschließend noch ausdrücklich für das Vorwort.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **9 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln**

### **9.1 Anfragen und Beantwortungen**

#### **9.1.1 Nachfrage 18. Bericht zur Flüchtlingssituation 0295/2018**

RM Frau Heuser bedankt sich ausdrücklich für die Beantwortung.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

#### **9.2 Soziale Beratung von Flüchtlingen in Nordrhein-Westfalen 0083/2018**

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold hält das Ergebnis für sehr erfreulich.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau teilt mit, dass es nach dem vertiefendem Telefonat auch ein Besuch im Büro in Düsseldorf gegeben habe. Dort habe der Staatssekretär Herr Bothe nochmals versichert, wie wichtig ihm die Angelegenheit in Köln sei.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **9.3 Sachstandsbericht zum Projekt "Einwanderung gestalten NRW" 3923/2017**

SB Herr Dr. Schulz fragt, was das „Personal Book“ für Geflüchtete sei. Er fragt, ob das ein Buch sei, das der Geflüchtete führe oder ob das ein Buch sei, das die Verwaltung über den Geflüchteten führe.

Herr Oster, Leiter Flüchtlingskoordination erklärt, dass dieses Serviceangebot eine Anregung aus dem Kreis der Ehrenamtler gewesen sei.. Es handele sich um einen Ordner, welcher mehrere Fächer habe. Die Verwaltung stelle dem Geflüchteten ein Deckblatt aus, auf dem die wichtigsten Details stehen, wie beispielsweise der Name und weitere Grunddaten. Dann erhält der Geflüchtete sein Personal Book. Dieser könne das führen, müsse er aber nicht.

RM Frau Hoyer sagt, dass sie das Personal Book für eine gute Idee halte. Es müsse aber klar sein, dass der Geflüchtete die Person ist, welche über die frei zu gebenden Daten bestimme und niemand sonst. Außerdem fragt sie, ob darüber nachgedacht wurde, dass Personal Book auch digital anzubieten.

Herr Oster antwortet, dass das Personal Book grundsätzlich erweiterbar sei. Zu Beginn habe man sich aber auf den Erfahrungsschatz der Ehrenamtler verlassen. Später könne man das digitalisieren, aber gerade zu Beginn hat nicht jeder Geflüchtete ein Tablet oder Handy zur Verfügung.

RM Frau Heuser teilt mit, dass sie nicht nur das Programm beziehungsweise das Modell sehr gut finde, sondern insbesondere den Prozess der Verzahnung. Es sei merkbar, dass von der Ankommensphase nun der Übergang in die Integrationsphase vollzogen wurde.

SE Frau Hollmann fragt, ob in diesen Arbeitsgruppen auch Flüchtlinge beteiligt werden oder ob dort nur Experten seien.

Herr Oster sagt, dass bisher keine Flüchtlinge in den Arbeitsgruppen vertreten waren. Im Projekt seien keine Flüchtlinge involviert gewesen, da es ein Organisations-

Entwicklungs-Modell sei. Das setze voraus, dass bestimmte Strukturen bekannt sind. Die Verwaltung habe jetzt mehrere Migrantenorganisationen eingeladen, um die bisherigen Ergebnisse und Entwicklungen darzustellen. In den zukünftigen Arbeitsgruppen wolle man diese Organisationen einbinden.

SE Frau Hollmann findet es wichtig, dass die vorhandenen Ideen auch mit Geflüchteten diskutiert werden. Sie erlebe es oft in der Praxis, dass es unterschiedliche Vorstellungen von Ehrenamtlern und Geflüchteten gebe. Daher halte sie es für wichtig, dass die Verwaltung sich diesbezüglich von den Geflüchteten ein Feedback einhole.

Herr Oster teilt mit, dass genau diese Wege der Rückkopplung gesucht werden.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **9.4 Jahreszahlen zur Versorgung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern ( UMA ) in 2017 in der Stadt Köln 0074/2018**

RM Frau Schwab fragt, welche Maßnahmen der Alterseinschätzung bei den Jugendlichen vorgenommen werden und welchen Spielraum es bei der Inobhutnahme bei Jugendlichen gebe, die knapp über der Volljährigkeit liegen.

Es gebe laut der Mitteilung drei minderjährige Flüchtlinge, die ins Herkunftsland zurückgeführt wurden. Sie fragt, wie das rechtlich möglich gemacht wurde.

Des Weiteren fragt sie, ob der Altersdurchschnitt bei 16 Jahren liege oder ob der Spielraum zwischen 15 und 17 Jahren liege. Der Satz, dass der Altersdurchschnitt bei der Einreise zwischen 15 und 17 Jahren liege, sei hier zu unverständlich.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau antwortet, dass er einen Teil der Fragen beantworten könne.

Derzeit werden 252 junge volljährige Flüchtlinge nach Ersuchen in der Stadt Köln betreut. Die erzieherischen Hilfen erfolgen gemäß § 41 i. V. m. §§ 33, 34 und 35 SGB VIII. Außerdem werde nach Beendigung der Hilfe zur Erziehung auch eine Nachbetreuung gemäß § 34 Abs. 3 SGB VIII geleistet, wenn der Bedarf bestehe. Ein Großteil der Heranwachsenden werde in Jugendwohnheimen sozialpädagogisch betreut.

Grundsätzlich werden junge Flüchtlinge, die noch keine 18 Jahre alt sind, nicht in ihre Heimatländer zurückgeführt. Eine Ausnahme sei der eigene ausdrückliche Wunsch einer Rückreise. Es gebe Möglichkeiten, dass junge unbegleitete Flüchtlinge noch vor ihrem 18. Lebensjahr zurückreisen können. Die Rückführungen werden in enger Kooperation mit den Rückführungsstellen der Caritas durchgeführt.

Die Frage, welche Methoden zum Einsatz kommen, werde man schriftlich beantworten, ebenso die weiteren noch offenen Fragen.

SE Herr Nickenig teilt mit, dass das Bundesamt für Migration darauf hinweise, dass 43% der Flüchtlinge falsche Altersangaben machen und eigentlich älter seien. Er fragt, ob die Stadt Köln hier in Bezug auf eine valide Altersfeststellung Handlungsbedarf sehe.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau weist daraufhin, dass auch diese Frage schriftlich beantwortet wird.

RM Herr Klausning sagt, dass die Altersfeststellung ein bundespolitisches Thema sei. In Köln sei die pragmatische Frage, wie man damit umgehe, wenn der Flüchtling über 18 Jahre alt sei, beziehungsweise, wenn er 18 werde. Er fragt nach dem Sachstand



und bittet darum, die Beantwortung in den Jugendhilfeausschuss, Integrationsrat und den Ausschuss Soziales und Senioren zu schicken.

RM Frau Tokyürek teilt mit, dass diese Mitteilung auch im Integrationsrat war und dort die gleichen Fragen gestellt wurden. Viele Zahlen bedeuten viele Fragen. Sie bittet darum, dass die Mitteilungen und die darin enthaltenen Informationen selbsterklärender werden. Klarere, deutlichere und vor allem ausführlichere Mitteilungen würden viele Fragen im Voraus beantworten.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau antwortet, dass die Verwaltung dem gerne nachkommen werde.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold fügt hinzu, dass er die vorgelegte Art der Mitteilung bevorzuge. Kurze informative Mitteilungen sehe er als förderlicher an, als lange und ausschweifende Vorlagen.

SE Herr Nickenig erklärt, dass die Erstaufnahme pro Flüchtling, pro Tag 280 € koste. Es bestehe eine Verpflichtung dem Steuerzahler gegenüber, denn 43% sei eine Zahl die ins Geld gehe. Dass diese Leute, auch wenn sie über 18 Jahre alt seien betreut werden müssen, sei gar keine Frage, da stimme er zu.

In einer Beantwortung einer Anfrage stand, dass diese Alterseinschätzungen von „besonders geschulten Fachkräften“ vorgenommen werden. Er weist darauf hin, dass es auch medizinische Möglichkeiten gebe, die man nutzen könne.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold widerspricht und erläutert, dass es vor einiger Zeit eine Darstellung in der Presse gegeben habe, wonach der exakte Altersnachweis so aufwendig wäre, dass dieser bei der Vielzahl an Menschen nicht durchführbar sei.

RM Herr Wiener erläutert, dass es auch einfache medizinische Methoden der Altersfeststellung gebe. Es bestehe definitiv Handlungsbedarf, damit nicht weiterhin rein nach dem Augenscheinprinzip gehandelt werde.

RM Herr Klausing fragt, ob die Verwaltung bei der Beantwortung der Anfrage, die Begrifflichkeiten, wie beispielsweise Altersfeststellung und Feststellung eines Mindestalters genau definieren könne, damit es hier keine Missverständnisse gebe.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau weist darauf hin, dass die Fachwelt unterschiedliche Positionen habe. Exemplarisch lese er das Fazit einer Stellungnahme der DGKJP (Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie e. V.) vor:

*„Die DGKJP lehnt eine Altersdiagnostik bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen mittels radiologischer Verfahren und Genitaluntersuchung ab. Neben den ethischen Bedenken fehlt es auch an wissenschaftlicher Evidenz, dass diese Untersuchungen ausreichend valide sind.“*

SE Frau Hollmann sagt, dass die Steuerzahler ein hohes Interesse daran haben, dass die Menschen, die hier seien, unabhängig davon ob minderjährig oder nicht integriert werden. Das koste Geld. Das sei aber gut für die deutsche Gesellschaft, da junge gut integrierte Menschen benötigt werden.

RM Herr Wiener antwortet, dass Finanzmittel, die zur Integration eingesetzt werden nur dann sinnvoll seien, wenn eine Bleibeperspektive bestehe. Es gehe an der Sache vorbei, wenn man von Integration spreche, jedoch noch nicht klar sei, ob eine Bleibeperspektive bestehe. Dies sei ein grundsätzliches Problem. Es bestehe erst dann die Notwendigkeit viel Geld für die Integration in die Hand zu nehmen, wenn der Asylan-

trag bewilligt wurde, denn es mache keinen Sinn Integration zu fördern, wenn derjenige sowieso zurück in die Heimat gehen werde.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**9.5 Umsetzung der Mindeststandards zu „Standortübergreifende Unterstützung der Ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit“  
0179/2018**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**9.6 19. Bericht zur Flüchtlingssituation  
0313/2018**

Herr Ludwig fasst zusammen, dass weiterhin rückläufige Fallzahlen vorliegen. Die Verwaltung prognostiziere auch für die nächsten Monate sinkende Fallzahlen. Daher mache er erneut den Vorschlag, diesen Bericht zukünftig nur noch quartalsweise vorzulegen. Diesen würde die Verwaltung dann um Themen wie Mindeststandards und Ressourcenmanagement ergänzen.

Es seien momentan 3.100 Plätze in der Umsetzung an neuen Standorten. Die vorletzte Turnhalle habe man ihrer eigentlichen Bestimmung zurückgeben können.

Des Weiteren gebe es im Bericht eine Statistik der Unterbringung und Verteilung auf die einzelnen Stadtbezirke. Berichtet werde hier über die Unterbringungsplätze, nicht über die untergebrachten Personen. Es gebe mehr Plätze als Menschen untergebracht seien.

Die Entwicklung stelle sich momentan als beherrschbar dar. Die Verwaltung sei aktuell schrittweise dabei, zu den 2004 vom Rat beschlossenen Leitlinien zurückzukehren. Wenn neue Projekte vorgeschlagen werden, versuche man zukünftig möglichst den konventionellen Wohnungsbau zu wählen.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold teilt mit, dass er eine vierteljährliche Berichterstattung für eine gute Idee halte. Dies entlaste die Verwaltung und an Aktualität gehe nichts verloren.

RM Frau Hoyer stimmt ihrem Vorredner zu, bittet aber, dass die Berichte nicht mehr so kurzfristig zur Verfügung gestellt werden, sondern so, dass alle die Möglichkeit haben, sich mit dem Bericht noch beschäftigen zu können.

Herr Ludwig erklärt, dass beide Vorschläge verknüpft werden. Sobald es gravierende Änderungen der Situation gebe, passe man sich an und berichte wieder in jeder Sitzung.

Es werde das Quartal abgewartet und dann berichte die Verwaltung vom abgeschlossenen Quartal an in der darauffolgenden Beratungsfolge, damit hier jeder die Möglichkeit habe einbezogen zu werden.

RM Frau Heuser fragt, ob der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen auch rechtzeitig erreicht werde.

Herr Ludwig antwortet, dass dieser in die Beratungsfolge mit aufgenommen werde.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold lässt abstimmen, ob alle Fraktionen dem Vorschlag, von nun an vierteljährlich berichtet zu bekommen, zustimmen können.

## **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

SE Herr Nickenig teilt mit, dass bei einer Besichtigung in Urbach eine zeitliche Befristung der mobilen Wohneinheiten auf sieben bis acht Jahre von Herrn Ludwig genannt wurde. Ein Teilnehmer der Veranstaltung entgegnete, dass gemäß § 246 Baugesetzbuch nur eine Dauer von maximal drei Jahren vorgesehen sei.

Er fragt, welche Befristung nun gelte.

Herr Ludwig antwortet, dass § 246 Abs. 10 BauGB in diesem Fall zutreffend sei. Für diesen Standort im Gewerbegebiet gebe es voraussichtlich eine unbefristete Baugenehmigung. Daher könne man davon ausgehen, dass die Lebenserwartungsdauer der Container voll auszuschöpfen sei. Diese liege erfahrungsgemäß bei sieben bis acht Jahren.

RM Herr Wiener sagt, dass die mobilen Container in Blumenberg nicht in einem Gewerbegebiet seien. Daher die Frage, wie hier die Planung sei, wie lange die Unterkunft noch bestehen bleiben solle. Ursprünglich war die Dauer auf zwei Jahre begrenzt. Diese Zeit sei inzwischen abgelaufen. Er bittet um eine kurze Sachstandsmitteilung.

Herr Ludwig erklärt, dass die Baugenehmigung für die Unterkunft in Blumenberg zunächst für zwei Jahre vorgesehen war. Diese wurde jedoch unbefristet verlängert. Allerdings seien die Container, die dort stehen, weitestgehend abgenutzt. Ziel der Verwaltung sei es, mit Eröffnung der neuen Objekte im Kölner Norden und anderen Stadtgebieten, diese Objekte in Blumenberg im Laufe des Jahres leerzuziehen und dann auch leerstehend zu lassen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Herr Ludwig fasst zusammen, dass weiterhin rückläufige Fallzahlen vorliegen. Die Verwaltung prognostiziere auch für die nächsten Monate sinkende Fallzahlen. Daher mache er erneut den Vorschlag, diesen Bericht zukünftig nur noch quartalsweise vorzulegen. Diesen würde die Verwaltung dann um Themen wie Mindeststandards und Ressourcenmanagement ergänzen.

Es seien momentan 3.100 Plätze in der Umsetzung an neuen Standorten. Die vorletzte Turnhalle habe man ihrer eigentlichen Bestimmung zurückgeben können.

Des Weiteren gebe es im Bericht eine Statistik der Unterbringung und Verteilung auf die einzelnen Stadtbezirke. Berichtet werde hier über die Unterbringungsplätze, nicht über die untergebrachten Personen. Es gebe mehr Plätze als Menschen untergebracht seien.

Die Entwicklung stelle sich momentan als beherrschbar dar. Die Verwaltung sei aktuell schrittweise dabei, zu den 2004 vom Rat beschlossenen Leitlinien zurückzukehren. Wenn neue Projekte vorgeschlagen werden, versuche man zukünftig möglichst den konventionellen Wohnungsbau zu wählen.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold teilt mit, dass er eine vierteljährliche Berichterstattung für eine gute Idee halte. Dies entlaste die Verwaltung und an Aktualität gehe nichts verloren.

RM Frau Hoyer stimmt ihrem Vorredner zu, bittet aber, dass die Berichte nicht mehr so kurzfristig zur Verfügung gestellt werden, sondern so, dass alle die Möglichkeit haben, sich mit dem Bericht noch beschäftigen zu können.

Herr Ludwig erklärt, dass beide Vorschläge verknüpft werden. Sobald es gravierende Änderungen der Situation gebe, passe man sich an und berichte wieder in jeder Sitzung.

Es werde das Quartal abgewartet und dann berichte die Verwaltung vom abgeschlossenen Quartal an in der darauffolgenden Beratungsfolge, damit hier jeder die Möglichkeit habe einbezogen zu werden.

RM Frau Heuser fragt, ob der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen auch rechtzeitig erreicht werde.

Herr Ludwig antwortet, dass dieser in die Beratungsfolge mit aufgenommen werde.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold lässt abstimmen, ob alle Fraktionen dem Vorschlag, von nun an vierteljährlich berichtet zu bekommen, zustimmen können.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**.

SE Herr Nickenig teilt mit, dass bei einer Besichtigung in Urbach eine zeitliche Befristung der mobilen Wohneinheiten auf sieben bis acht Jahre von Herrn Ludwig genannt wurde. Ein Teilnehmer der Veranstaltung entgegnete, dass gemäß § 246 Baugesetzbuch nur eine Dauer von maximal drei Jahren vorgesehen sei.

Er fragt, welche Befristung nun gelte.

Herr Ludwig antwortet, dass § 246 Abs. 10 BauGB in diesem Fall zutreffend sei. Für diesen Standort im Gewerbegebiet gebe es voraussichtlich eine unbefristete Baugenehmigung. Daher könne man davon ausgehen, dass die Lebenserwartungsdauer der Container voll auszuschöpfen sei. Diese liege erfahrungsgemäß bei sieben bis acht Jahren.

RM Herr Wiener sagt, dass die mobilen Container in Blumenberg nicht in einem Gewerbegebiet seien. Daher die Frage, wie hier die Planung sei, wie lange die Unterkunft noch bestehen bleiben solle. Ursprünglich war die Dauer auf zwei Jahre begrenzt. Diese Zeit sei inzwischen abgelaufen. Er bittet um eine kurze Sachstandsmitteilung.

Herr Ludwig erklärt, dass die Baugenehmigung für die Unterkunft in Blumenberg zunächst für zwei Jahre vorgesehen war. Diese wurde jedoch unbefristet verlängert. Allerdings seien die Container, die dort stehen, weitestgehend abgenutzt. Ziel der Verwaltung sei es, mit Eröffnung der neuen Objekte im Kölner Norden und anderen Stadtgebieten, diese Objekte in Blumenberg im Laufe des Jahres leerzuziehen und dann auch leerstehend zu lassen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## 10 Bericht aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten

### 10.1 Bericht des Behindertenbeauftragten 01/2018 Bilanz der Fachstelle Behindertenpolitik für das Jahr 2017 und Ausblick auf das Jahr 2018 0084/2018

SB Herr Ladenberger sagt, dass zum Thema Ausblick auf Seite 4 unter Punkt 1 „Wie inklusiv ist das Quartier?“ vermerkt sei, dass die Sozialräume begangen werden und ein Maßnahmenkatalog aufgestellt wird. Er fragt, was mit diesem Maßnahmenkatalog passiere, ob es hierfür einen Etat gebe oder wie dies ausgeführt werde.

Unter Punkt 6 stehe, dass ein Ziel der Verwaltung sei, eine verbesserte Berichterstattung über die Lebenslage für Menschen mit Behinderung aufzubauen. Dies finde er sehr interessant und bittet um eine kurze Erläuterung, wie er sich das vorstellen könne.

Herr Dr. Bell, Behindertenbeauftragter der Stadt Köln erklärt, dass das Wort Maßnahmenkatalog ein falsch gewählter Begriff sei. Es handle sich hierbei nicht darum, bestimmte Maßnahmen zu entwickeln, welche dann zusätzlich finanziert und umgesetzt werden sollen, sondern die Idee sei es, Erkenntnisse zu gewinnen, die grundsätzlich zu beachten seien. Diese Maßnahme befinde sich aktuell in der Ausschreibung

Bezüglich der Berichterstattung gebe es Gespräche mit der Sozialplanung des Dezernates V und dem Amt für Stadtentwicklung und Statistik. Hier entwickle man gemeinsam ein solches Konzept und wie dieses auch realistisch umgesetzt werden könne.

RM Frau Tokyürek bedankt sich für den Bericht. Sie finde es sehr interessant zu sehen, was für ein Spektrum an Arbeit das sei. Sie lobt den gesamten Bereich von Diversity und dass die Fachstelle sich dem Themengebiet „Vielfalt“ angenommen habe. Das müsse weiter vorangetrieben werden, sie wünsche sich für die Zukunft noch mehr Verzahnung innerhalb der einzelnen Themengebiete.

Sie fragt, wie die Unterstützung und Vernetzung für die Zentren für Migranten und Interkultureller Zentren mit den Behindertenorganisationen aussehe.

Herr Dr. Bell bedankt sich für das Lob und verweist auf die Dienststellenleitung, Frau Rehberg. Durch die Vielfalt auch in der Dienststelle lerne man untereinander und das wolle er positiv hervorheben. Dadurch entstehe auch eine besondere Sensibilität in Richtung Interkulturelle Zentren. Es werde geschaut, in wie weit diese Zentren sich mehr für das Thema Behinderung öffnen und die Behindertenorganisationen das Thema Migration stärker in den Fokus stellen. Hier gebe es noch keine konkreten Überlegungen, auch hier sei er in Gesprächen mit den Kollegen, welche konkreten Vernetzungen auch von den Zentren selbst als notwendig angesehen werden.

SB Frau Schmerbach sagt, dass sie den Bericht und insbesondere die Perspektive sehr gut finde.

Es werde gesagt, dass die Maßnahme „Wie inklusiv ist unser Quartier?“ die Barrierefreiheit explizit zum Thema mache. Sie wolle hier die Begrifflichkeit der Barrierefreiheit geklärt haben. Sie fragt, ob es sich hier um Barrierefreiheit lediglich für Gehbehinderte handle oder ob eine umfassende Barrierefreiheit gemeint sei.

Des Weiteren gehe sie davon aus, dass beim Bericht zur Lebenslage auch die Beschäftigung mitberücksichtigt werde.

Herr Dr. Bell antwortet, dass die Definition der Barrierefreiheit der Stadt Köln der Definition gemäß dem Behindertengleichstellungsgesetz entspreche. Barrierefreiheit heiße

nicht nur Rollstuhlgerechtigkeit, sondern es sei eine umfassende Barrierefreiheit gemeint.

Außerdem bestätigt er, dass die Beschäftigung eine wesentliche Dimension einer Lebenslagenberichterstattung sei.

RM Herr Klausing teilt mit, dass es bezüglich der Barrierefreiheit beim Internetauftritt eine EU-Verordnung gebe. Formal seien die Kommunen noch nicht dazu verpflichtet, aber das werde zeitnah kommen.

Daraus resultiere seine Frage, die er gerne schriftlich beantwortet habe, wie die Barrierefreiheit beim Internetauftritt der Stadt Köln und bei den städtischen Unternehmen, insbesondere der KVB ausschaue.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **10.2 Bericht des Behindertenbeauftragten 02/2018 Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik vergeben 0082/2018**

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold teilt mit, dass viele aus dem Ausschuss teilgenommen haben. Er hält die Veranstaltung für sehr gelungen und richtet seinen großen Dank an all die Menschen, die im Hintergrund sehr viel Arbeit geleistet haben.

Der Ausschuss Soziales und Senioren klopft zustimmend.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **10.3 Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2016 3902/2017**

RM Frau Heuser merkt an, im Bericht sei erwähnt, dass 195 schwerbehinderte Menschen Initiativbewerbungen eingereicht haben. Sie fragt, wie hoch die Einstellungsrate aus diesen Bewerbungen gewesen sei.

Frau Daniels, Amt für Personal- und Verwaltungsmanagement antwortet, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

SB Frau Schmerbach hält den Bericht für sehr gut, regt aber an, für die Zukunft eine tabellarische Aufarbeitung zu machen.

Die Stadt Köln habe eine Beschäftigungsquote von 8%, was sehr gut sei. Sie fragt, ob bei dieser Quote die Aufträge an die Werkstätten mit angerechnet wurden.

Außerdem fragt sie, ob Leistungsbeurteilungen bei allen Mitarbeitern der Stadt gemacht werden oder nur bei Menschen mit Behinderung.

Sie merkt an, dass viel zu wenig Menschen mit Behinderung von der Stadt ausgebildet werden. Daraus resultiere ihre Bitte, bei Menschen mit gewissen Einschränkungen andere Kriterien festzulegen, damit auch sie eine Chance auf Arbeit haben.

Frau Daniels teilt mit, dass die Quote erfüllt werde und somit die Aufträge an die Werkstätten nicht mit einberechnet werden.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau fügt hinzu, dass Leistungsbeurteilungen bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Köln vorgenommen werden.

Frau Daniels ergänzt, dass Menschen, die sich bewerben, die Eignung für den Beruf mitbringen müssen.

Die Stadt Köln plane für das kommende Einstellungsjahr ein Inklusionsprojekt. Dieses werde momentan initiiert für Menschen mit Einschränkungen für das Berufsbild Büro-kommunikation. Man wende sich dem Thema immer mehr zu, um junge Menschen mit Behinderung auch in das Erwerbsleben bei der Stadt zu bekommen.

SB Herr Dr. Schulz sagt, dass es im ganzen Leben so sei, dass man nur Berufe ergreifen könne, wenn man dafür geeignet sei. Aber es gebe auch unter den behinderten Menschen Personen, die durchaus geeignet seien.

Eine Bevorzugung schwerbehinderter Menschen bei der Einstellung sei nur bei gleicher Eignung möglich. Die Definition von gleicher Eignung sei jedoch das Problem. Es gebe keine feststehende Rechtsklausel, die besage, was gleiche Eignung sei. Die Stadt Köln habe hier einen Spielraum, den sie aber nicht nutze, immerhin seien lediglich acht Menschen mit einer anerkannten Schwerbehinderung in Ausbildung. Die Verwaltung werde ihrer Verantwortung nicht gerecht.

Die Stadt erfülle die Quote. 88 % dieser Menschen mit Schwerbehinderung haben ihre Behinderung in ihrem Arbeitsleben erworben. Wie bereits vor zwei Jahren kritisiere er, dass dies eine sehr willkürliche Erfüllung der Quote sei.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau teilt mit, dass er der Einschätzung seines Vorredners folgen könne. Es könne aber ebenso sein, dass bei den guten gesicherten Arbeitsverhältnissen der Stadt Köln, die Leute weniger Sorge haben ihre Behinderung aktenkundig zu machen, als es draußen in weniger geschütztem Raum der Fall sei.

Er stimmt jedoch zu, dass bei den Eingangsmaßnahmen eine Verbesserung erreicht werden müsse. Der Auftrag sei klar.

Die Bürgerschaft fordere aber auch eine funktionierende Verwaltung. Diese sei daher gehalten, dass die geeignetsten Menschen, die in der geforderten Fachlichkeit vorhanden seien, unabhängig von einer etwaigen Behinderung, gewonnen werden können. Das sei man der Bürgerschaft schuldig.

Er stimme aber zu, dass man aus einer Behinderung nicht auf mangelnde fachliche Eignung schließen dürfe. Daher sei es so wichtig, dass es Mechanismen gebe, die vor dieser verzerrten Wahrnehmung schützen.

SB Herr Ladenberger erläutert, dass er Geschäftsführer eines kleinen Vereins sei, mit aktuell zehn Mitarbeitern, welche auch alle selber behindert seien. Momentan stelle er neue Leute ein. Es seien Bewerbungsverfahren sowohl für Verwaltungskräfte, als auch für Berater durchgeführt worden. Hierbei seien viele gute Leute gewesen, die er aber aus Mangel an Arbeitsplätzen ablehnen musste.

Es herrsche weiterhin eine große Zurückhaltung. Das könne er nicht verstehen, da alle Auszubildenden mit Behinderung, welche die Stadt Köln hatte, 2016 auch die Prüfung bestanden haben.

Er verweist auf die geringe Inanspruchnahme von Drittmitteln. Wenn diese angeboten werden, solle man sie auch nutzen. Die Stadt sei sehr deutlich unter ihren Möglichkeiten.

RM Herr Klausing stimmt zu, dass es eine Verpflichtung gebe, den bestmöglichen Kandidaten einzustellen.

Der Hebel sei jedoch nicht das Einstellungsgespräch, sondern die Stelle müsse so ausgeschrieben sein, dass diese für eine breite Masse der Öffentlichkeit zugänglich sei.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau fasst zusammen, diese Diskussion zeige, wie sensibel dieses Thema sei. Die Wahrnehmung vieler Menschen, behinderte Menschen auf nur dieses eine Merkmal zu reduzieren, müsse sich ändern.

Er wendet sich an SB Herrn Ladenberger und bittet darum, wenn er gut geeignete Menschen für die Arbeit bei der Verwaltung kenne, könne er diese gerne dem Dezernat weiterleiten. Hieran sei er sehr interessiert.

RM Frau Gärtner sagt, dass bei der Zahl der Beschäftigten bei der Stadt Köln eine Stadtverwaltung in der Lage sein müsse, auch Menschen einzustellen, die keine 100% leisten können.

SE Herr Corneth merkt an, dass der Prozentsatz der Quote vor einigen Jahren, zu Zeiten des ehemaligen Rechts- und Personaldezernenten Herrn Gerhard Kappius noch mindestens ein Drittel höher gewesen sei als heute. Das heiÙe, in der Nachfolge habe sich etwas geändert.

Um beim Ticketing beschäftigt zu sein, müsse man mittlerweile studiert haben. Hier werden Anforderungen an Stellenausschreibungen gestellt, da könne die Verwaltung froh sein, wenn sie überhaupt noch jemanden bekomme.

Der Ausschuss Soziales und Senioren klopft zustimmend.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **10.4 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht Controlling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen 0224/2018**

RM Frau Heuser hält die Aufteilung des Controllings für sehr übersichtlich. Unter Punkt 9.2 handele es sich um die SPZ's und dass die konzeptionelle Weiterentwicklung aufgrund von Personalmangel scheitert. Sie fragt, ob es eine Vorstellung gebe, wie viele Leute man benötige und wann die Stellen besetzt werden können.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau antwortet, dass die Frage schriftlich beantwortet werde. Er merkt jedoch an, dass im Gesundheitsamt ganz massive Stellenbesetzungsprobleme bestehen.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold merkt an, dass das auch daran liegen könne, dass die Stellen im Vergleich zur freien Wirtschaft nicht lukrativ seien.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau erklärt, dass die Einstufungen nicht von Dezernat V festgelegt werden, sondern dass dies die Personalverwaltung mache und diese aus unterschiedlichen Gründen eher realistisch bis gedämpft seien. SB Herr Ladenberger möchte sich für die Übersicht aber auch für die Berichte davor bedanken. Als Leser bleibe man an den roten Bereichen hängen, es gebe aber auch grüne Punkte, die er anders sehe. Er fragt, ob einerseits die Verwaltung eine kurze Erläuterung der Farbgebung machen könne und, ob die ergänzenden Forderungen der Behindertenorganisationen, welche per Ratsbeschluss auch Inhalt des Handlungskonzeptes seien, auch mit diesem Controlling erfasst seien.

Herr Dr. Bell antwortet, dass das Controlling gemeinsam im Verwaltungsarbeitskreis Behindertenpolitik erarbeitet wurde. Es handele sich um Zulieferungen der Fachdienststellen, welche hier aufgeführt seien. Er könne dazu nicht mehr sagen, als in der Vorlage dazu erläutert sei. Wenn eine ausführlichere Kommentierung zu den roten Feldern gewünscht werde, könne er diese zur nächsten Sitzung liefern.



Die ergänzenden Forderungen der Behindertenorganisationen seien durch das Controlling aktuell nicht erfasst.

Grün heiße, dass man daran im Sinne des Ratsauftrages arbeite. Das heiße nicht, dass er erfüllt sei, sondern, dass man sich lediglich zum jetzigen Zeitpunkt bei der Bearbeitung beziehungsweise beim geplanten Umsetzungsstand befinde..

SE Dr. Dr. Mück fragt, ob es im Handlungskonzept Behindertenpolitik auch einen Punkt gebe, welcher sich mit öffentlichen Treppen beschäftige.

Herr Dr. Bell erklärt, dass es im Handlungskonzept explizit keinen Punkt Treppen gebe. Bei dem Thema Barrierefreiheit öffentlicher Straßen, Plätze und Wege seien auch Treppen mit umfasst.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **11 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

### **11.1 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen**

#### **11.1.1 Beantwortung einer Anfrage betreffend "Sachstandsbericht des Programms "Win-Win für Köln" 3422/2017" 0245/2018**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

#### **11.1.2 Beantwortung einer Anfrage betreffend "Vorlage 2488/2017 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für den Sozialraum Humboldt/Gremberg und Kalk" 0108/2018**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

#### **11.1.3 Beantwortung des Antrags der Fraktion CDU aus der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 14.12.2017 – Bereitstellung von Schließfächern in Notschlafstellen dringend notwendig AN/1840/2017 0220/2018**

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold lobt die Verwaltung für die sehr zügige Beantwortung und für die Überlegungen zur Umsetzung.

RM Frau Heuser merkt an, dass dies ein gemeinsamer Antrag war, auch von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Für die Beantwortung bedanke sie sich.

In der Vorlage stehe, dass die Betreuung der Schließfächer mit einem hohen Aufwand verbunden sei. Sie fragt, ob die Möglichkeit bestehe, diese Betreuung mit dem kommunalen Beschäftigungsprogramm zu machen.

Herr Schumacher, Amt für Soziales und Senioren antwortet, dass er die Vermutung habe, dass die Tätigkeit zeitlich zu gering sei, um eine extra Stelle einzurichten. Er nehme das aber mit und werde dem Ausschuss dazu berichten.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold fragt, ob er das richtig verstehe, dass das nun umgesetzt werde, ohne dass ein erneuter Beschluss gefasst werden müsse.

Herr Schumacher stimmt dem zu.

Der Ausschuss Soziales und Senioren klopft lobend.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

## **11.2 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen**

### **11.3 Mündliche Anfragen**

#### 11.3.1)

RM Herr Klausing sagt, dass es bei der letzten Sitzung eine Mitteilung zum Wohnbündnis gegeben habe. Hierzu habe es heute eine Zwischenfrage gegeben, er habe die Antwort jedoch nicht verstanden. Er bittet darum, ihm die Beantwortung der Frage noch einmal zu erläutern. Wenn das Wohnbündnis hier vorgestellt werde, dann dürfe man eine ernstzunehmende, wenn auch pointiert-freche Frage von SE Herrn Corneth nicht so einfach beiseiteschieben.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau erläutert, dass Wohnen und vor allem gefördertes Wohnen, wie auch erschwingliches Wohnen im Allgemeinen das große Thema in Köln sei. Es sei genau richtig, an diesem Thema zu arbeiten. Mit dem, was die Stadt vor habe, sei sie allerdings noch nicht gut. Von den 6.000 Wohnungen seien etliche bereits in Arbeit. Kenntnisse und Bewusstsein, dass wir hinter den eigentlichen Plänen zurückliegen, seien genauso groß. Man erkenne zudem, dass ausgesprochene Genehmigungen nicht mit Sicherheit zur Umsetzung führen. Das Wohnbündnis sei der Versuch, gemeinsam mit allen Beteiligten stärker zu werden.

Die Sozialpolitik solle sich nicht nur mit der Frage nach der Zahl der Wohnungen beschäftigen, sondern eher damit, wie man in Zukunft wohnen wolle. Die Sozialpartei und die städteplanerische Seite müssen daher zukünftig intensiver zusammenarbeiten.

Derzeit liege der Wohnraum pro Mensch in Köln bei deutlich über 40m<sup>2</sup>. Das werden sich die Menschen in Zukunft nicht mehr leisten können. Somit komme man zwangsläufig zu weniger Fläche. Das gebe aber auch Chancen, nachbarschaftlich und quartiersmäßig zu arbeiten und Gemeinschaftsflächen mitzudenken

Trotz alledem sei die Stadt noch lange nicht dort, wo sie sein müsste.

SE Herr Corneth bedankt sich, dass die Thematik erneut angesprochen wurde und auch für die Ausführungen.

Er ist der Meinung, dass der Ausschuss viel mehr verantwortlich sei, als alle anderen Ausschüsse. Denn, wenn das mit den sozialen Wohnungen nicht bald funktioniere, dann sei man wirklich nur noch der Reparaturbetrieb.

Die Gestaltung und auch die Zahl der zur Verfügung gestellten Grundstücke seien viel zu gering. Die Zahlen von 2015, 2016 und 2017 aus dem Liegenschaftsausschuss zeigen eine dramatische Entwicklung. Darüber hinaus halten manche Investoren bewusst Grundstücke zurück, obwohl eine Baugenehmigung bereits vorhanden sei.

Hier müsse das Gesetz soweit es geht in Anspruch genommen werden, damit hier gebaut werde. Denn die, die hier spekulieren, lassen die Stadt mit den sozialen Folgen alleine stehen.

11.3.2)

SE Herr Dr. Dr. Mück sagt, dass die Treppe zwischen Bahnhofsvorplatz und Dom abends gefährlich sei, da diese grau in grau sei. Es gebe Markierungen an den wenigen vorhandenen Geländern, aber diese Markierungen fehlen teilweise. Hier seien Stolperstellen entstanden, wo eigentlich Warnhinweise sein sollten.

Daraus resultiert seine Frage, welche Möglichkeiten die Verwaltung habe, die Treppen zwischen Dom und Bahnhofsvorplatz über die ganze Länge mit Sicherheitsstreifen oder Markierungen zu versehen und die bestehenden, defekten Sicherheitsstreifen schnellstmöglich zu reparieren.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau teilt mit, dass er wisse, dass Erzbistum und die Stadt diesbezüglich bereits im Gespräch seien. Er werde dem Ausschuss einen aktuellen Sachstand zur Verfügung stellen.

11.3.3)

SE Herr Dr. Dr. Mück fragt, welche Möglichkeiten die Verwaltung sehe, die weitere Arbeit des Kölner Vereines „Neues Wohnen im Alter“ finanziell zu gewährleisten, nachdem die neue Landesregierung zum 01.01.2018 die seit 1997 bestehende finanzielle Förderung insbesondere von zwei halben Stellen ersatzlos gestrichen habe.

Es handle sich hierbei um einen in Köln ansässigen Verein, der seit 30 Jahren vorbildliche Arbeit leiste. Er werde durch die Streichung der Stellen auf eine ehrenamtliche Tätigkeit zurückgeworfen. Das könne dieser Verein nicht leisten.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau antwortet, dass der Verein bekannt sei. Er habe einen Förderantrag bei der Stadt gestellt, der zurzeit bearbeitet werde.

RM Frau Heuser merkt an, dass der Verein im Laufe der Jahre schon viele Projekte umgesetzt habe. Unter anderem Mehrgenerationswohnen, inklusives Wohnen usw.. Das heiße, nicht selber umgesetzt, aber die Beratung übernommen, die Kontakte zu Investoren geknüpft und gepflegt. Sie sei auch entsetzt, dass gerade angesichts der demographischen Lage dort auf einmal keine Fördermittel mehr fließen sollen. Sie hoffe auch, dass man auf kommunaler Ebene diesen Verein retten könne.

11.3.4)

RM Frau Heuser bittet darum, die Mitteilung „Handlungsleitfaden zum Umgang mit sexistischer und sexualisierter Werbung in Köln“ mit der Vorlagennummer 0198/2018 auch dem Ausschuss Soziales und Senioren zur Verfügung zu stellen.

11.3.5)

RM Frau Hoyer sagt, dass es im letzten Hauptausschuss zwei beschlossene und eine zurückgezogene Satzung als Vorlage gegeben habe. Die zurückgezogene Satzung werde erneut in den Hauptausschuss gegeben und sie fragt, ob sie so rechtzeitig kommen werde, dass der Ausschuss Soziales und Senioren diese auch beraten könne.

Herr Ludwig antwortet, dass die Neufassung der Beschlussvorlage bei ihm liege. In der nächsten Beratungsfolge dürfte genügend Zeit sein, diese Vorlage überall zu diskutieren.

11.3.6)

SE Frau Hollmann sagt, dass es bei Vermittlungsgutscheinen eine Planzahl geben müsse. Wenn es die gebe, bittet sie darum, darüber informiert zu werden, wie diese für die verschiedenen Maßnahmen im Eingliederungstitel seien.

Herr Wagner antwortet, dass er diese Frage schriftlich beantworten werde.

## **12 Mitteilungen**

### **12.1 4. Aktionstage „gesund & mobil im Alter“ in Kooperation mit dem 11. Kölner Vorsorge-Tag am 06. und 07.03.2018 in der Zeit von 09:30 – 17 Uhr im Gürzenich der Stadt Köln 0028/2018**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

### **12.2 Leitprojekte zum Haushalt 2018 des Dezernats Soziales, Integration und Umwelt 3568/2017**

RM Frau Gärtner fragt, wie das Verfahren sei, ob das Geld von den Dezernaten ausgegeben und die Politik nachher informiert werde oder ob die Planungen vorgestellt werden, bevor die Mittel ausgegeben werden. Sie findet es gut, dass man der Verwaltung hier den Spielraum lasse, aber sie würde gerne wissen, in wie weit das mit anderen Dingen verzahnt sei, die die Politik im Haushalt etc. hinterlegt habe.

SB Herr Dr. Schulz sagt, dass er festgestellt habe, dass es bei den Leitprojekten durchaus Unterschiede gebe. Insbesondere beim Leitprojekt Behindertenpolitik gebe es eine große Spannweite. Anfänglich seien 95.000 € pro Jahr veranschlagt, später lediglich noch 20.000 € pro Jahr. Mit diesem Betrag könne kaum etwas umgesetzt werden. Er fragt, ob da nichts notwendig sei oder ob es andere Haushaltsmittel gebe, mit denen das realisiert werde.

SE Herr Dr. Dr. Mück freut sich als Seniorenvertreter, dass auch die Seniorenarbeit zu den Leitprojekten zähle. Es sollen 18 Seniorennetzwerke in den unterschiedlichen Stadtteilen eingesetzt werden.

Daraus resultieren seine Fragen, wie verbindlich diese Vorgaben seien und an welcher Stelle dieser Weiterentwicklung die Seniorenvertretung eingebunden werden könne, damit es im Nachhinein keine Konflikte wegen verspäteter Miteinbeziehung gebe.

SE Frau Hollmann kritisiert, dass bei der Darstellung der Leitprojekte nicht überall ersichtlich sei, was mit dem Geld konkret passiere.

Außerdem sei sie irritiert, dass es keine Priorisierung für Wohnungslose gebe. Sie fragt, woran das liege, da der Verwaltung bewusst sei, dass beispielsweise Angebote fehlen.

RM Frau Hoyer teilt mit, dass sie sich freue, dass es Geld für soziale Projekte gebe. Es dürfe keine Diskussion stattfinden, welche Projekte priorisiert werden sollen und welche weniger. Alle Projekte gebe es bereits, es sei nichts Neues dabei.

Insbesondere freue sie sich, dass die Seniorenarbeit im Hinblick auf den demographischen Wandel so stark gefördert werde.

Es habe Zeiten und Situationen gegeben, da habe der Ausschuss sich noch gefragt, wie die Zukunft der Seniorenarbeit sei. Nun sei eine Weiterentwicklung erkennbar. Hierfür wolle sie sich ganz herzlich bei allen Beteiligten bedanken.

Der Ausschuss Soziales und Senioren klopft zustimmend.

RM Frau Heuser fügt hinzu, dass sie den Beitrag ihrer Vorrednerin nicht so ganz nachvollziehen könne. Die Summen, die in die Seniorenarbeit fließen sollen, seien gigantisch, wenn sie das mit den Summen vergleiche, die in die Behindertenarbeit einfließen sollen. Das sei ein eklatanter Kontrast. Gerade im Behindertenbereich komme man nicht wirklich vorwärts. Hier hätte sie sich gewünscht, dass die Verwaltung Initiative ergreife und den Bereich stärker fördere.

Sie sei außerdem irritiert, da bereits lange auf die Evaluation der präventiven Hausbesuche gewartet werde. Solange diese aber nicht vorliege, sehe sie nicht, wieso dort noch mehr Geld eingesetzt werden solle. Die Seniorennetzwerke sollen natürlich, so wie die Beschlüsse das vorgesehen haben, weiterentwickelt werden.

Auch bei der Seniorenkoordination sei sie der Meinung, dass man die Auswertung der Arbeit abwarten müsse.

Eine Koordinierungsstelle, um alleinlebenden Menschen mit Demenz die Möglichkeit zu eröffnen, so lange wie möglich zu Hause zu bleiben halte sie für schwierig. Die Idee einer Koordinierungsstelle halte sie für sehr gut, könne sich das Wohnen aber eher in Form von Wohngemeinschaften vorstellen.

SE Frau Maleki Balajou zitiert, die Überschrift sei „Leitprojekte zum Haushalt 2018 des Dezernates Soziales, Integration und Umwelt“. Bezüglich der Integration sehe sie aber kein Leitprojekt. Im Besonderen der demographische Wandel betreffe auch Senioren mit Migrationshintergrund. Sie fragt, welche Leitprojekte für diese vorgesehen seien.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau antwortet, dass man im Verwaltungsvorstand im Rahmen der Überlegungen zur Verwaltungsreform einig gewesen sei, dass nicht nur Verwaltung, sondern auch Innovation benötigt werde. Dies sei der Hintergrund, jedem Dezernat ein Budget für innovative Maßnahmen zur Verfügung zu stellen. Jedes Dezernat bekomme unabhängig von seiner Größe den gleichen Betrag. Dieses Geld müsse auch an anderer Stelle eingespart werden.

In Klausuren des Dezernats habe man sich auf ein Oberthema für das Dezernat V verständigt. Das Dezernat wolle sich an dem Thema „Leben in den Veedeln stärken“ messen lassen.

Die Projekte, welche durch das Innovationsbudget finanziert werden, folgen diesem Leitgedanken.

Anfänglich habe es weitaus mehr Projektideen und Ansätze gegeben, diese mussten aber priorisiert werden, um das Budget von 3 Millionen Euro einzuhalten.

Die jetzigen Projekte haben Forschungs- oder Entwicklungscharakter und seien innovativ. Diese sollen selbst noch keine Regelversorgung darstellen, sondern Spielraum geben, etwas Neues auszuprobieren, um daraus Erfahrungen zu sammeln, die dann gegebenenfalls später in neue Regelangebote münden können.

In den Überlegungen des Dezernates spielen Seniorinnen und Senioren eine große Rolle, da die Erkenntnislage sei, dass durch den demographischen Wandel noch viele Herausforderungen in diesem Bereich entstehen werden.

In den anderen Dezernaten werden die Leitprojekte momentan umgesetzt und nicht so intensiv hinterfragt. Er habe die Hoffnung, dass die Sozialpolitik das Vertrauen habe, die Verwaltung gewähren zu lassen.

Er schlage vor, dass die Fragen detailliert beantwortet werden, wenn die Umsetzung etwas fortgeschrittener sei.

RM Herr Klausing beglückwünscht die Verwaltung für die Themensetzung. Diese finde er gut, da seien sehr gut verzahnte Zukunftsthemen bei.

Er fragt, wo der Rat ein Mitentscheidungsrecht habe. Er gehe davon aus, dass es dieses nicht gebe. Er halte es für inhaltlich relevant, in welche Richtung fortgeschritten werde. Die Politik und Verwaltung sollten gemeinsam strategisch überlegen.

Er fragt, wie der Rat bei diesen Leitprojekten mit eingebunden sei und wie Politik in strategischen Fragestellungen unterstützen könne und im Gegenzug wie die Verwaltung bei der strategischen Ausrichtung auch Hinweise ernstnehmen und mit in das Konzept integrieren könne.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau antwortet, dass die Strategischen Leitprojekte der Dezernate Bestandteil der Haushaltsberatung gewesen sein und der Rat den Haushalt so beschlossen habe.

Die Dezernate beziehen die Politik ein, es werde auch Öffentlichkeitsarbeit geben. wenn die einzelnen Projekte etwas weiter in der Umsetzung seien, dann werde man sich informierend an die Politik wenden, teilweise auch beschlussfassend.

SB Herr Dr. Schulz sagt, dass er die Mitteilung gerne zur Kenntnis nehme. Er könne aber wenig Forschung erkennen, wenn 40 vorhandene, offensichtlich erfolgreiche Netzwerke, auf 86 Netzwerke ausgedehnt werden. Das sei keine Forschung und Entwicklung, sondern eine Ausdehnung. Das sei eine strategische Entscheidung.

Bei den Behinderten wolle die Verwaltung exemplarische Erhebungen der Generationengerechtigkeit in zwei Wohnquartieren machen. Das solle dann als ein innovativer Vergleich für alle Veedel gelten. Das stehe in einem absoluten Missverhältnis. Die strategische Entscheidung heiße hier für ihn, dass das Thema nicht weiter angegangen werde.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau widerspricht Herrn Dr. Schulz, dass bei den Leitprojekten von Innovationskraft gesprochen werde und das genutzt werde, um geschützt nichts zu tun. Das weise er entschieden ab. Es gebe hier ganz klare Ideen. Gerade dass man zwei Quartiere genauer anschau, sei Forschung und Entwicklung. Dieses Betrachten sei noch nicht Handeln. Daher sei die Summe, die dahinter stehe, auch nur eine Summe für die Analyse. Indem die Verwaltung berichte, mache sie das Thema transparent. Diese Projekte werden genauso wie die anderen großen Themen einem öffentlichen Controlling unterzogen.

Das heißt, die Verwaltung lege Rechenschaft ab. Es werde mitgeteilt, wie der aktuelle Zwischenstand sei, wie und ob die Ziele erreicht werden

RM Frau Heuser erklärt, dass die Auswahlkriterien für die Stadtteile, in denen die nächsten Seniorenetzwerke aufgebaut werden sollen, die Anzahl der Senioren und Seniorinnen seien, die dort leben. Es gebe Auswahlkriterien, diese könne man nicht einfach willkürlich abändern, das müsse die Politik dann beschließen.

Diese Seniorenetzwerke seien eine sehr gute Einrichtung, aber sie verstehe auch nicht, was daran Forschung und Entwicklung sein solle.

Bezüglich der präventiven Hausbesuche verweist sie erneut auf die nicht vorliegende Evaluation. Daher solle man damit vorsichtig umgehen. Sie habe die Information, dass diese teilweise nicht ausgelastet seien.

Wenn man die Mitteilung lese, dann sei es so, dass man sich automatisch Gedanken mache, bezüglich der Summen, die in die Bereiche fließen, und der Gewichtung.

Frau Steinraths, stellv. Leiterin Amt für Soziales und Senioren sagt, dass sie in der verkürzten Darstellung die Nachfragen nachvollziehen könne. Die Politik könne versichert sein, dass die Verwaltung nicht mit der Einstellung herangehe „mehr desselben“. Es werde auch eine qualitative Überprüfung bei den Seniorennetzwerken zusammen mit der Seniorenvertretung unternommen. Hier werde nicht nur aufgestockt, sondern man wolle tatsächlich innovativ sein.

Bei den präventiven Hausbesuchen habe die Verwaltung eine Evaluation zugesagt, diese müsse abgewartet werden, bevor es hier in die konkrete Planung gehe.

RM Frau Schwab regt an, dass man mehr generationsübergreifend denken solle. Sie finde es schade, dass so sehr in den alten Strukturen gedacht werde, wo Netzwerke geschaffen werden, die eigentlich schon existieren. Es sollte überlegt werden, wie man Senioren und Kinder, Erwachsene und Jugendliche, Menschen mit Behinderung und Flüchtlinge gemeinsam in einem Netzwerk zusammenbekommt, welches für alle da sei.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau sagt, dass daran gedacht werde und die Chance genutzt werden solle noch innovativer zu sein und nicht lediglich zusetzend zu agieren.

RM Frau Hoyer teilt mit, dass das im Haushalt zu finden war. Wenn man eine haushaltstragende Fraktion sei und dem Haushalt so zustimme, dann müsse damit gerechnet werden, dass die Verwaltung mit Ideen komme. Ansonsten müsse man früher anbringen, dass man nicht wolle, dass die Verwaltung mit eigenen Ideen an die Politik trete.

Mit den Seniorennetzwerken gebe es eine Verständigung über die Seniorenpolitik in Köln. Diese basiere auf den drei Säulen der Seniorenvertretung, der Seniorenberatung und den Seniorennetzwerken. Sie appelliere in ihrer Fraktion ausdrücklich, dass bei diesen drei Säulen geblieben werde, da die sich bewährt haben. Die Netzwerke seien nun schon etwas länger dabei, seien aber eine sehr innovative Idee gewesen.

Bei den Ansätzen müsse man überlegen, dass man sich dem Gedanken „Diversity“ verschrieben habe. Da müsse nicht einzeln gedacht werden, hier könne fast alles miteinander verzahnt werden.

SE Frau Eggeling greift auf, dass die Wohnungslosen nicht bei den Leitprojekten zu finden seien. Es gebe über 5.000 Menschen in Köln, die ordnungsbehördlich oder über die Reso-Dienste untergebracht seien. Es gehe nicht darum, humanitäre Hilfen für die Südosteuropäer als Leitprojekt auszurufen. Sie finde, dass das Thema aber eine hohe Brisanz habe und so aus den Augen verloren werde.

RM Frau Tokyürek sagt, dass sie sich ein Leitprojekt „Migration“ gewünscht hätte. Sie fragt, ob die Themen, die seitens der Politik gewünscht werden, noch implementiert werden können oder ob es dafür bereits zu spät sei. Sie bitte ausdrücklich darum, Migration einzubringen, auch gerne über die von RM Frau Hoyer vorgeschlagene Verzahnung der einzelnen Themengebiete.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold merkt an, dass er die Idee sehr gut finde, dass die Verwaltung nicht nur verwalte, sondern ihr Know-how nutze, um neue Dinge zu entwickeln. Er bittet aber darum, dass über diese Thematik weiter intensiv berichtet werde.

Er fügt hinzu, dass es 14 Wortmitteilungen gegeben habe. Seiner Meinung nach sei das Thema nun erschöpfend behandelt und er fragt, ob weiterhin der Wunsch bestehe, die Vorlage in der nächsten Sitzung erneut zu behandeln.

Der Ausschuss Soziales und Senioren entscheidet sich nach kurzer Diskussion dazu das Thema zur Kenntnis zu nehmen und in der nächsten Sitzung nicht mehr zu beraten.

RM Frau Gärtner fragt, wie das Verfahren sei, ob das Geld von den Dezernaten ausgegeben und die Politik nachher informiert werde oder ob die Planungen vorgestellt werden, bevor die Mittel ausgegeben werden. Sie findet es gut, dass man der Verwaltung hier den Spielraum lasse, aber sie würde gerne wissen, in wie weit das mit anderen Dingen verzahnt sei, die die Politik im Haushalt etc. hinterlegt habe.

SB Herr Dr. Schulz sagt, dass er festgestellt habe, dass es bei den Leitprojekten durchaus Unterschiede gebe. Insbesondere beim Leitprojekt Behindertenpolitik gebe es eine große Spannweite. Anfänglich seien 95.000 € pro Jahr veranschlagt, später lediglich noch 20.000 € pro Jahr. Mit diesem Betrag könne kaum etwas umgesetzt werden. Er fragt, ob da nichts notwendig sei oder ob es andere Haushaltsmittel gebe, mit denen das realisiert werde.

SE Herr Dr. Dr. Mück freut sich als Seniorenvertreter, dass auch die Seniorenarbeit zu den Leitprojekten zähle. Es sollen 18 Seniorennetzwerke in den unterschiedlichen Stadtteilen eingesetzt werden.

Daraus resultieren seine Fragen, wie verbindlich diese Vorgaben seien und an welcher Stelle dieser Weiterentwicklung die Seniorenvertretung eingebunden werden könne, damit es im Nachhinein keine Konflikte wegen verspäteter Miteinbeziehung gebe.

SE Frau Hollmann kritisiert, dass bei der Darstellung der Leitprojekte nicht überall ersichtlich sei, was mit dem Geld konkret passiere.

Außerdem sei sie irritiert, dass es keine Priorisierung für Wohnungslose gebe. Sie fragt, woran das liege, da der Verwaltung bewusst sei, dass beispielsweise Angebote fehlen.

RM Frau Hoyer teilt mit, dass sie sich freue, dass es Geld für soziale Projekte gebe. Es dürfe keine Diskussion stattfinden, welche Projekte priorisiert werden sollen und welche weniger. Alle Projekte gebe es bereits, es sei nichts Neues dabei.

Insbesondere freue sie sich, dass die Seniorenarbeit im Hinblick auf den demographischen Wandel so stark gefördert werde.

Es habe Zeiten und Situationen gegeben, da habe der Ausschuss sich noch gefragt, wie die Zukunft der Seniorenarbeit sei. Nun sei eine Weiterentwicklung erkennbar. Hierfür wolle sie sich ganz herzlich bei allen Beteiligten bedanken.

Der Ausschuss Soziales und Senioren klopft zustimmend.

RM Frau Heuser fügt hinzu, dass sie den Beitrag ihrer Vorrednerin nicht so ganz nachvollziehen könne. Die Summen, die in die Seniorenarbeit fließen sollen, seien gigantisch, wenn sie das mit den Summen vergleiche, die in die Behindertenarbeit einfließen sollen. Das sei ein eklatanter Kontrast. Gerade im Behindertenbereich komme man nicht wirklich vorwärts. Hier hätte sie sich gewünscht, dass die Verwaltung Initiative ergreife und den Bereich stärker fördere.

Sie sei außerdem irritiert, da bereits lange auf die Evaluation der präventiven Hausbesuche gewartet werde. Solange diese aber nicht vorliege, sehe sie nicht, wieso dort noch mehr Geld eingesetzt werden solle. Die Seniorennetzwerke sollen natürlich, so wie die Beschlüsse das vorgesehen haben, weiterentwickelt werden.

Auch bei der Seniorenkoordination sei sie der Meinung, dass man die Auswertung der Arbeit abwarten müsse.



Eine Koordinierungsstelle, um alleinlebenden Menschen mit Demenz die Möglichkeit zu eröffnen, so lange wie möglich zu Hause zu bleiben, halte sie für schwierig. Die Idee einer Koordinierungsstelle halte sie für sehr gut, könne sich das Wohnen aber eher in Form von Wohngemeinschaften vorstellen.

SE Frau Maleki Balajou zitiert, die Überschrift sei „Leitprojekte zum Haushalt 2018 des Dezernates Soziales, Integration und Umwelt“. Bezüglich der Integration sehe sie aber kein Leitprojekt. Im Besonderen der demographische Wandel betreffe auch Senioren mit Migrationshintergrund. Sie fragt, welche Leitprojekte für diese vorgesehen seien.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau antwortet, dass man im Verwaltungsvorstand im Rahmen der Überlegungen zur Verwaltungsreform einig gewesen sei, dass nicht nur Verwaltung, sondern auch Innovation benötigt werde. Dies sei der Hintergrund, jedem Dezernat ein Budget für innovative Maßnahmen zur Verfügung zu stellen. Jedes Dezernat bekomme unabhängig von seiner Größe den gleichen Betrag. Dieses Geld müsse auch an anderer Stelle eingespart werden.

In Klausuren des Dezernats habe man sich auf ein Oberthema für das Dezernat V verständigt. Das Dezernat wolle sich an dem Thema „Leben in den Veedeln stärken“ messen lassen.

Die Projekte, welche durch das Innovationsbudget finanziert werden, folgen diesem Leitgedanken.

Anfänglich habe es weitaus mehr Projektideen und Ansätze gegeben, diese mussten aber priorisiert werden, um das Budget von 3 Millionen Euro einzuhalten.

Die jetzigen Projekte haben Forschungs- oder Entwicklungscharakter und seien innovativ. Diese sollen selbst noch keine Regelversorgung darstellen, sondern Spielraum geben, etwas Neues auszuprobieren, um daraus Erfahrungen zu sammeln, die dann gegebenenfalls später in neue Regelangebote münden können.

In den Überlegungen des Dezernates spielen Seniorinnen und Senioren eine große Rolle, da die Erkenntnislage sei, dass durch den demographischen Wandel noch viele Herausforderungen in diesem Bereich entstehen werden.

In den anderen Dezernaten werden die Leitprojekte momentan umgesetzt und nicht so intensiv hinterfragt. Er habe die Hoffnung, dass die Sozialpolitik das Vertrauen habe, die Verwaltung gewähren zu lassen.

Er schlage vor, dass die Fragen detailliert beantwortet werden, wenn die Umsetzung etwas fortgeschrittener sei.

RM Herr Klausung beglückwünscht die Verwaltung für die Themensetzung. Diese finde er gut, da seien sehr gut verzahnte Zukunftsthemen bei.

Er fragt, wo der Rat ein Mitentscheidungsrecht habe. Er gehe davon aus, dass es dieses nicht gebe. Er halte es für inhaltlich relevant, in welche Richtung fortgeschritten werde. Die Politik und Verwaltung sollten gemeinsam strategisch überlegen.

Er fragt, wie der Rat bei diesen Leitprojekten mit eingebunden sei und wie Politik in strategischen Fragestellungen unterstützen könne und im Gegenzug wie die Verwaltung bei der strategischen Ausrichtung auch Hinweise ernstnehmen und mit in das Konzept integrieren könne.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau antwortet, dass die Strategischen Leitprojekte der Dezernate Bestandteil der Haushaltsberatung gewesen sein und der Rat den Haushalt so beschlossen habe.

Die Dezernate beziehen die Politik ein, es werde auch Öffentlichkeitsarbeit geben. wenn die einzelnen Projekte etwas weiter in der Umsetzung seien, dann werde man sich informierend an die Politik wenden, teilweise auch beschlussfassend.

SB Herr Dr. Schulz sagt, dass er die Mitteilung gerne zur Kenntnis nehme. Er könne aber wenig Forschung erkennen, wenn 40 vorhandene, offensichtlich erfolgreiche Netzwerke, auf 86 Netzwerke ausgedehnt werden. Das sei keine Forschung und Entwicklung, sondern eine Ausdehnung. Das sei eine strategische Entscheidung.

Bei den Behinderten wolle die Verwaltung exemplarische Erhebungen der Generationengerechtigkeit in zwei Wohnquartieren machen. Das solle dann als ein innovativer Vergleich für alle Veedel gelten. Das stehe in einem absoluten Missverhältnis. Die strategische Entscheidung heiÙe hier für ihn, dass das Thema nicht weiter angegangen werde.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau widerspricht Herrn Dr. Schulz, dass bei den Leitprojekten von Innovationskraft gesprochen werde und das genutzt werde, um geschützt nichts zu tun. Das weise er entschieden ab. Es gebe hier ganz klare Ideen. Gerade dass man zwei Quartiere genauer anschauen, sei Forschung und Entwicklung. Dieses Betrachten sei noch nicht Handeln. Daher sei die Summe, die dahinter stehe, auch nur eine Summe für die Analyse. Indem die Verwaltung berichte, mache sie das Thema transparent. Diese Projekte werden genauso wie die anderen großen Themen einem öffentlichen Controlling unterzogen.

Das heißt, die Verwaltung lege Rechenschaft ab. Es werde mitgeteilt, wie der aktuelle Zwischenstand sei, wie und ob die Ziele erreicht werden

RM Frau Heuser erklärt, dass die Auswahlkriterien für die Stadtteile, in denen die nächsten Seniorennetzwerke aufgebaut werden sollen, die Anzahl der Senioren und Seniorinnen seien, die dort leben. Es gebe Auswahlkriterien, diese könne man nicht einfach willkürlich abändern, das müsse die Politik dann beschließen.

Diese Seniorennetzwerke seien eine sehr gute Einrichtung, aber sie verstehe auch nicht, was daran Forschung und Entwicklung sein solle.

Bezüglich der präventiven Hausbesuche verweist sie erneut auf die nicht vorliegende Evaluation. Daher solle man damit vorsichtig umgehen. Sie habe die Information, dass diese teilweise nicht ausgelastet seien.

Wenn man die Mitteilung lese, dann sei es so, dass man sich automatisch Gedanken mache, bezüglich der Summen, die in die Bereiche fließen, und der Gewichtung.

Frau Steinraths, stellv. Leiterin Amt für Soziales und Senioren sagt, dass sie in der verkürzten Darstellung die Nachfragen nachvollziehen könne. Die Politik könne versichert sein, dass die Verwaltung nicht mit der Einstellung herangehe „mehr desselben“. Es werde auch eine qualitative Überprüfung bei den Seniorennetzwerken zusammen mit der Seniorenvertretung unternommen. Hier werde nicht nur aufgestockt, sondern man wolle tatsächlich innovativ sein.

Bei den präventiven Hausbesuchen habe die Verwaltung eine Evaluation zugesagt, diese müsse abgewartet werden, bevor es hier in die konkrete Planung gehe.

RM Frau Schwab regt an, dass man mehr generationsübergreifend denken solle. Sie finde es schade, dass so sehr in den alten Strukturen gedacht werde, wo Netzwerke geschaffen werden, die eigentlich schon existieren. Es sollte überlegt werden, wie man Senioren und Kinder, Erwachsene und Jugendliche, Menschen mit Behinderung und Flüchtlinge gemeinsam in einem Netzwerk zusammenbekommt, welches für alle da sei.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau sagt, dass daran gedacht werde und die Chance genutzt werden solle noch innovativer zu sein und nicht lediglich zusetzend zu agieren.

RM Frau Hoyer teilt mit, dass das im Haushalt zu finden war. Wenn man eine haushaltstragende Fraktion sei und dem Haushalt so zustimme, dann müsse damit gerechnet werden, dass die Verwaltung mit Ideen komme. Ansonsten müsse man früher anbringen, dass man nicht wolle, dass die Verwaltung mit eigenen Ideen an die Politik trete.

Mit den Seniorennetzwerken gebe es eine Verständigung über die Seniorenpolitik in Köln. Diese basiere auf den drei Säulen der Seniorenvertretung, der Seniorenberatung und den Seniorennetzwerken. Sie appelliere in ihrer Fraktion ausdrücklich, dass bei diesen drei Säulen geblieben werde, da die sich bewährt haben. Die Netzwerke seien nun schon etwas länger dabei, seien aber eine sehr innovative Idee gewesen.

Bei den Ansätzen müsse man überlegen, dass man sich dem Gedanken „Diversity“ verschrieben habe. Da müsse nicht einzeln gedacht werden, hier könne fast alles miteinander verzahnt werden.

SE Frau Eggeling greift auf, dass die Wohnungslosen nicht bei den Leitprojekten zu finden seien. Es gebe über 5.000 Menschen in Köln, die ordnungsbehördlich oder über die Reso-Dienste untergebracht seien. Es gehe nicht darum, humanitäre Hilfen für die Südosteuropäer als Leitprojekt auszurufen. Sie finde, dass das Thema aber eine hohe Brisanz habe und so aus den Augen verloren werde.

RM Frau Tokyürek sagt, dass sie sich ein Leitprojekt „Migration“ gewünscht hätte. Sie fragt, ob die Themen, die seitens der Politik gewünscht werden, noch implementiert werden können oder ob es dafür bereits zu spät sei. Sie bitte ausdrücklich darum, Migration einzubringen, auch gerne über die von RM Frau Hoyer vorgeschlagene Verzahnung der einzelnen Themengebiete.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold merkt an, dass er die Idee sehr gut finde, dass die Verwaltung nicht nur verwalte, sondern ihr Know-how nutze, um neue Dinge zu entwickeln. Er bittet aber darum, dass über diese Thematik weiter intensiv berichtet werde.

Er fügt hinzu, dass es 14 Wortmitteilungen gegeben habe. Seiner Meinung nach sei das Thema nun erschöpfend behandelt und er frage, ob weiterhin der Wunsch bestehe, die Vorlage in der nächsten Sitzung erneut zu behandeln.

Der Ausschuss Soziales und Senioren entscheidet sich nach kurzer Diskussion dazu das Thema zur Kenntnis zu nehmen und in der nächsten Sitzung nicht mehr zu beraten.

### **12.3 Erfahrungsbericht zum Projekt „Pädagogische Begleitung und Integrationshilfen für Roma-Familien“ (2010-2016) 0045/2018**

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, die Mitteilung in die nächste Sitzung des Ausschusses zu schieben.

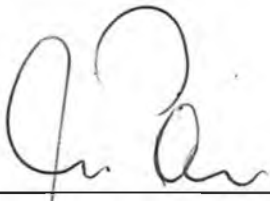
#### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

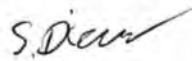
- 12.4 Prüfung der Abrechnungsverfahren für Leistungen freier Träger in Wohnobjekten sowie Bewachungsleistungen bei 56 - Amt für Wohnungswesen bei 56 - Amt für Wohnungswesen**
- 12.5 Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes Köln-Lindweiler Hier: Aktueller Sachstand zur Projektumsetzung 0076/2018**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold schließt die Sitzung um 18:35 Uhr.



Paetzold (Vorsitzender)



Diener (Schriftführer)